junges grünes bündnis nordwest

GRÜNE BASEL-STADT

NETTO NULL KLIMANEUTRALE REGION BASEL

GRUNDSATZPAPIER DER GRÜNEN BASEL-STADT UND DES JUNGEN GRÜNEN BÜNDNISSES NORDWEST

BASEL, 3. SEPTEMBER 2019

Güterstrasse 83
4053 Basel, Schweiz
T +41 61 383 98 33

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG 3
- FAKTEN
- FORDERUNGEN

EINLEITUNG 4

MASSNAHMEN NACH BEREICHEN 8
- ERNEUERBARE ENERGIEPRODUKTION
- GEBÄUDE
- VERKEHR
- LANDWIRTSCHAFT
- KONSUMNIVEAU UND GRAUE ENERGIE
- FINANZWIRTSCHAFT UND FOSSILE GELDANLAGEN

QUELLENVERZEICHNIS 21

Autoren: Philippe Bovet, Jérôme Comte, Harald Friedl, Jürg Stöcklin, Oliver Thommen, Marcel Trefny.

Korrektorat: Martin Stohler.

Layout: Oliver Thommen.

ZUSAMMENFASSUNG

FAKTEN

- Die vom Menschen verursachte Klimaerwärmung liess die weltweite Durchschnittstemperatur bereits um circa ein Grad Celsius ansteigen. Im Alpenraum hat sich das Klima sogar noch stärker erwärmt als im globalen Durchschnitt. Laut IPCC-Bericht ist eine weitere deutliche Erwärmung mit schwerwiegenden Konsequenzen für Umwelt, Mensch und Gesellschaft zu erwarten.

- Der Kanton Basel-Stadt emittiert 741'614 Tonnen CO_2 pro Jahr im Inland (2016), pro EinwohnerIn 3,7 Tonnen im Jahr. Der Endenergieverbrauch betrug 2016 über 3500 GWh, wovon 46 Prozent im Bereich Industrie, Gewerbe, Dienstleistung (IGD), 35 Prozent im Bereich Wohnen und 19 Prozent im Bereich Mobilität (ohne Flugverkehr) anfallen.

- Der Kanton Basel-Landschaft emittiert 1,4 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr (2016), pro EinwohnerIn 4,9 Tonnen im Jahr. Der Endenergieverbrauch betrug 2016 über 8100 GWh, wovon 47 Prozent im Bereich Wärme, 24 Prozent im Bereich Elektrizität und 29 Prozent im Bereich Treibstoffe anfallen.

- Die durchschnittlichen Inland-Emissionswerte pro Kopf sind in der Schweiz deutlich kleiner als in andern industrialisierten Ländern (z.B. 2016: USA 16,4 t, Deutschland 9,7 t, EU-Durchschnitt 7 t). Die Schweiz verursacht hingegen mit acht Tonnen pro Kopf besonders hohe CO_2-Emissionen im Ausland durch Importe. Diese müssten zu den obigen Zahlen hinzugezählt werden.

MASSNAHMEN

- Die Energieversorgung ist eine Schlüsselgrösse für eine Wende in der Klimapolitik. Deshalb muss deutlich mehr als bisher in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien vor allem aus Sonne und Wind investiert werden. Zweitens muss der Energieverbrauch des aktuellen Gebäudebestands durch Sanierungen vollständig dekarbonisiert werden. Drittens müssen sozial ausgestaltete Energieabgaben eingeführt oder angehoben werden, die staatsquotenneutral an die Bevölkerung rückerstattet werden oder teilweise dazu verwendet werden, um einen Teil der notwendigen Investitionen zu finanzieren.
- Neubauten sind durch staatliche Vorschriften klimaneutral zu gestalten und gleichzeitig müssen fossile Heizsysteme (Öl und Gas) und Elektroheizungen durch klimafreundliche Systeme ersetzt werden.
- Um den Verkehr Richtung Klimaneutralität zu bewegen, braucht es einen grossflächigen Ausbau der Infrastruktur für Velos und E-Bikes, den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mehr Car-Sharing und die Elektrifizierung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs.
- Die Raumplanung muss sich an der Zielsetzung Verdichtung, Senkung der Wohnfläche und dem Wohnen ohne eigenes Auto orientieren.
- Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft müssen in eine nachhaltige Umgestaltung der Klimapolitik einbezogen und verpflichtet werden, die Zielsetzung einer Kreislaufwirtschaft und die Förderung lokaler Erzeugnisse zu priorisieren und sich zu dekarbonisieren.
- Durch De-Investment müssen die vom schweizerischen Finanzplatz und durch schweizerische Geldanlagen verantworteten CO_2-Emissionen, welche das 20-Fache der in der Schweiz verursachten Emissionen betragen, massiv reduziert werden.
- Die Kantone sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Finanzwirtschaft, bestehende Subventionen und neue Förderbeiträge so anpassen, dass in der Region Basel ein Finanzplatz entsteht, der bei der Finanzierung der Klimawende eine Vorbildrolle einnehmen kann.

NETTO NULL
KLIMANEUTRALE REGION BASEL

GRUNDSATZPAPIER DER GRÜNEN BASEL-STADT UND DES JUNGEN GRÜNEN BÜNDNISSES

Die Kritik an der atomaren und fossilen Energiewirtschaft ist eine der Wurzeln der grünen Bewegung. Eine zu hundert Prozent erneuerbare Energieversorgung ist seit den 1990er-Jahren ein zentrales Element der grünen Politik. Die Forderung bündelt die Kritik an der ineffizienten und lebensfeindlichen Wirtschaftsweise, welche auf der Ausbeutung von Kohle, Erdöl und Erdgas beruht. Die notwendige Alternative beinhaltet gleichzeitig eine Abkehr von fossilen und atomaren Kraftwerken und eine weitgehend dezentrale Bereitstellung von Energie aus Wasserkraft, Wind, Photovoltaik, nachhaltig produzierter Biomasse und Erdwärme. In der Konsequenz fordern die Grünen seit langem eine Energiepolitik, die vollständig auf die Emission von fossilem CO_2 verzichtet.

DIE KLIMAERWÄRMUNG IST DIE BISHER GRAVIERENDSTE KRISE DER MENSCHHEIT

Die vom Menschen verursachte Klimaerwärmung ist vielleicht die schlimmste Krise der Menschheit. Weltweit ist die Durchschnittstemperatur seit der Industrialisierung bereits um circa ein Grad Celsius angestiegen und die Hälfte davon erfolgte in den letzten 30 Jahren. Im Alpenraum erwärmt sich das Klima zudem noch deutlich schneller. Ende dieses Jahrhunderts dürften die Alpengletscher bis auf kleine Reste weitgehend verschwinden. Der weltweite Temperaturanstieg ist nahezu komplett auf die vom Menschen verursachten Treibhausgase zurückzuführen. Diese Tatsachen sind durch die Berichte des IPCC seit längerem wissenschaftlich bestens belegt. Global nimmt die Emission von CO_2 aus fossilen Quellen immer noch zu, wenn auch etwas verlangsamt. 2018 betrug der weltweite Anstieg von emittiertem CO_2 wieder bedrohliche 2,7 Prozent und erreichte geschätzte 37,1 Gigatonnen. Zum Vergleich: Noch im Jahr 2000 lag dieser Wert bei weniger als 25 Gt/Jahr. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist trotz des Klimaabkommens von Paris bisher viel zu langsam. In den OECD-Staaten ist der Ausstoss von CO_2 zwar rückläufig, aber immer noch weit über dem globalen Durchschnitt.

Die Folgen der vom Menschen verursachten Klimakrise sind furchtbar. Bereits heute sind weltweit viele Regionen mit häufigeren und stärkeren Extremwetterereignissen und deren Folgen wie Hitzewellen, Dürren, Waldbränden und Starkniederschlägen konfrontiert. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind eine direkte Gefahr für die menschliche Gesundheit und eine Bedrohung für die landwirtschaftliche Produktion. Neben Landnutzungsänderungen ist die Klimaerwärmung zudem die wichtigste Ursache des weltweiten Artensterbens. Mit zunehmender Erwärmung der Erde kommen gefährliche Kippfaktoren hinzu, d.h. sich selbst verstärkende Prozesse, welche zu einem dramatischen Anstieg des Meeresspiegels, einem Verlust mariner Lebensräume, zum Schmelzen der polaren Eiskappen und zu Versauerung und Sauerstoffmangel in den Ozeanen führen können. Die Menschheit ist dabei, die natürlichen Voraussetzungen für ihr eigenes Überleben nachhaltig zu schädigen, wenn nicht sogar durch Umweltzerstörung und drohende Kriege um überlebenswichtige Ressourcen (Wasser, Rohstoffe, Biodiversität) in Frage zu stellen.

DIE TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN MÜSSEN AUF NETTO NULL GESENKT WERDEN

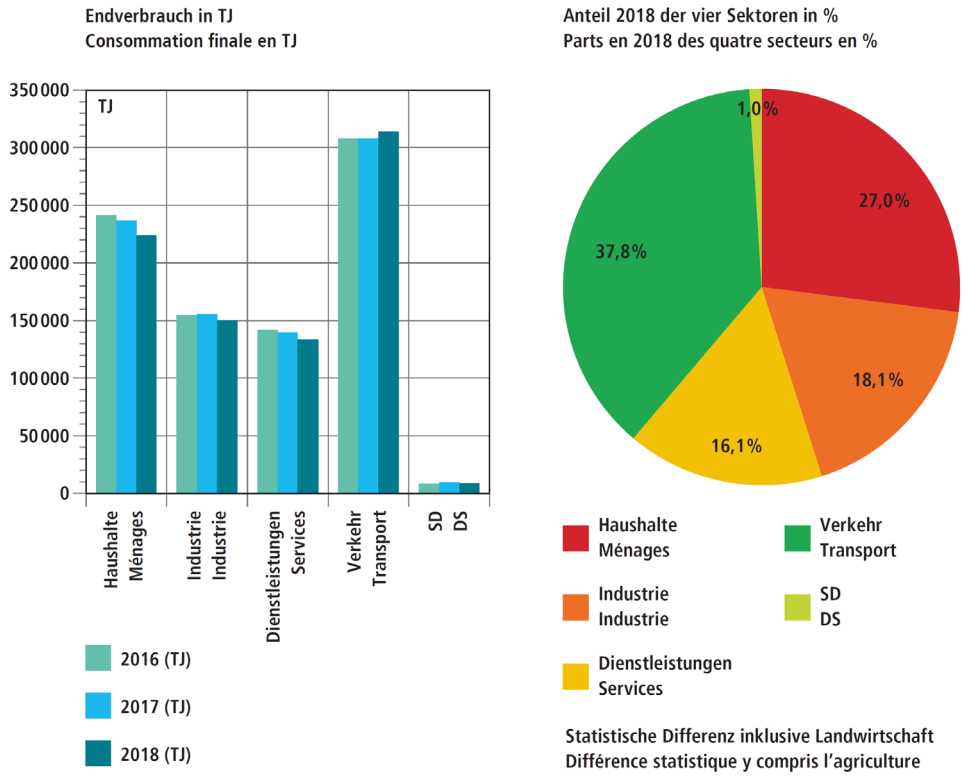
Die Folgen einer ungebremsten Klimakatastrophe wären fatal für Mensch und Umwelt. Wir haben noch die Chance, mit einer engagierten Klimapolitik die schwersten Folgen der Klimakrise abzuwenden. Die notwendigen Massnahmen sind nicht nur bekannt, sondern auch denkbar einfach. Es geht darum, nicht weiterhin fossilen Kohlenstoff zu verbrennen und als CO_2 in die Erdatmosphäre

zu entlassen. WissenschaftlerInnen sind sich einig, dass zum Stoppen der Klimakrise der Ausstoss von fossilem Kohlenstoff spätestens bis zur Mitte dieses Jahrhunderts auf netto null sinken muss.

Die Aufforstung von Wäldern und die Humusbildung kann einen kleinen Teil der CO_2-Emissionen aus der Atmosphäre entziehen, jedoch übertreffen die heutigen Emissionen ein Vielfaches dieses Potentials. Rein theoretisch liesse sich CO_2 aus der Erdatmosphäre auch technisch entziehen und eventuell im Erdinnern in Senken langfristig zu entsorgen. Nach heutigem Wissensstand ist das Potential dieser Technologien jedoch gering und mit enormen Kosten verbunden. An der (fast) vollständigen Reduktion von Treibhausgasen führt also kein Weg vorbei, wenn die Klimakrise gestoppt werden soll.

QUELLE DER TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN IN DER SCHWEIZ

Die Schweiz emittierte im Jahre 2015 rund 50 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalente im Inland, davon etwas mehr als 80 Prozent in Form von CO_2, dem weitaus bedeutendsten Treibhausgas (siehe Abbildung unten). Der weitaus grösste Teil der Treibhausgas-Emissionen in der Schweiz fällt auf die Bereiche Wohnen (Heizung, Warmwasser und Strom), Verkehr und Ernährung. Durch das Wohnen entsteht rund ein Viertel der CO_2-Emissionen im Inland. Besonders die Art der Wärmeerzeugung und die Wohnfläche pro Person sind dabei massgebend. Beim Verkehr fällt über ein Drittel der Emissionen (ohne Flugverkehr) an und hier ist die Art des Transportmittels (zu Fuss, Velo, ÖV, Auto, Flugzeug) entscheidend. Der Flugverkehr ist besonders klimawirksam, weil hier nicht nur CO_2, sondern eine ganze Anzahl weiterer klimawirksamer Emissionen eine Rolle spielen. Bei der Ernährung entsteht die Hälfte der Emissionen im Ausland, v.a. durch die grossen Mengen an importierten Futtermitteln. Fleisch und Milchprodukte beeinflussen hier die Emissionen besonders stark.



Aufteilung des Energie-Endverbrauchs nach Verbrauchergruppen, BFE, Gesamtenergiestatistik 2018

BISHERIGE ZIELE DER SCHWEIZ UNGENÜGEND

Die Schweiz verfolgte bisher eine Klimapolitik, die im CO_2-Gesetz Emissionsziele vorgibt, eine CO_2-Abgabe auf Brennstoffen, aber nicht auf Treibstoffe einführte und mittels Vorschriften für die Energieeffizienz von Gebäuden und technischem Gerät versucht, die Nachfrage nach fossilen Energien zu beschränken. Es ist offensichtlich, dass die bisherigen Anstrengungen zur Erreichung der im Pariser Abkommen vereinbarten Ziele nicht ausreichen.

Das Scheitern des revidierten CO_2-Gesetzes hat die ungenügende Klimapolitik der Schweiz offenkundig gemacht. Aber bereits der Bundesrat hat in seinem Entwurf völlig ungenügende Ziele formuliert. Er wollte die Emissionen in der Schweiz bis ins Jahr 2030 gegenüber 1990 nur um 50 Prozent reduzieren und davon erst noch 20 Prozent durch fragwürdige Kompensationen (Emissionszertifikate) im Ausland. Für 2050 gab der Bundesrat vor, eine Senkung von 70 bis 85 Prozent anzustreben, wobei auch hier Kompensationen im Ausland eingerechnet sind. Der Bundesrat hat sich im Sommer 2019 zu den in Paris eingegangenen Verpflichtungen von netto null Emissionen bis 2050 bekannt, allerdings ohne dabei Massnahmen zu nennen, wie dies erreicht werden soll.

AUCH DIE REGION BASEL MUSS NACHBESSERN

Die bisherigen Anstrengungen reichen auch in der Region Basel nicht aus. Von den beiden Kantonen verfolgte bisher vor allem Basel-Stadt eine ambitioniertere Klimapolitik. Wie sich dem Klimaschutzbericht Basel-Stadt entnehmen lässt, wird aber auch der Stadtkanton das Ziel, bis 2050 seine CO_2-Emissionen auf netto null zu senken, nicht erreichen. Ausserdem sind in den aktuellen Statistiken wichtige Faktoren wie importiere Nahrungsmittel, Verbrauchsgüter und Dienstleistungen nicht eingerechnet.

Der Kanton Basel-Stadt emittiert 741'614 Tonnen CO_2 pro Jahr (2016), was pro EinwohnerIn 3,7 Tonnen im Jahr entspricht. Der Endenergieverbrauch betrug 2016 über 3500 GWh, wovon 46 Prozent im Bereich Industrie, Gewerbe, Dienstleistung (IGD), 35 Prozent im Bereich Wohnen und 19 Prozent im Bereich Mobilität (ohne Flugverkehr) anfallen. 39 Prozent der Energie wird erneuerbar produziert.

Der Kanton Basel-Landschaft emittiert 1,4 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr (2016), was pro EinwohnerIn 4,9 Tonnen im Jahr entspricht. Der Endenergieverbrauch betrug 2016 über 8100 GWh, wovon 47 Prozent im Bereich Wärme, 24 Prozent im Bereich Elektrizität und 29 Prozent im Bereich Treibstoffe anfallen. Nur zwölf Prozent der produzierten Energie sind erneuerbar.

Diese Zahlen beinhalten allerdings nur die in den beiden Kantonen anfallenden CO_2-Emissionen. Hinzu kommen CO_2-Emissionen durch Importe von Gütern, welche bei deren Produktion im Ausland anfallen und die in internationalen Statistiken nicht ausgewiesen werden. Diese rechtfertigen es, dass sich die Schweiz neben einer Null-Emissionspolitik im Inland auch am internationalen CO_2-Emissionssystem beteiligt, wie es im Pariser Abkommen vorgesehen ist. Dies allerdings nicht, um sich Emissionsreduktionen im Ausland anzurechnen, sondern um die hohen von der Schweiz im Ausland verursachten Emissionen zu kompensieren.

SOZIALE ASPEKTE DES KLIMAWANDELS

Grundsätzlich ist nicht davon auszugehen, dass die Energiekosten im zukünftigen solaren Zeitalter höher sein werden als im heutigen atomar-fossilen Zeitalter. Die sozialen und Umweltkosten der fossilen Energien lasten heute vor allem auf der ärmeren Hälfte der Menschheit. In Zukunft muss gelten, dass wer umweltgerecht lebt, auch profitieren kann. Die Kosten der Umweltzerstörung müssen von jenen bezahlt werden, die sie verursachen, das ist in der Regel der wohlhabendere Teil der Menschen.

Die Bewältigung der Klimakrise wird die Gesellschaft verändern, Umweltschäden werden abnehmen und die ungleiche Konsumation natürlicher Ressourcen zwischen Nord und Süd wird sich verkleinern. Generell wird sich die Menschheit an der Suffizienz orientieren müssen. In einer Übergangsphase ist jedoch damit zu rechnen, dass fossile Energien und besonders energieintensive Produkte teurer werden. Das Mobilitätsverhalten, das heute durch billig zur Verfügung stehende fossile Treibstoffe geprägt ist, wird sich verändern und vor allem die Mobilität über grosse Distanzen (Flugverkehr) wird teurer werden. Deshalb sind Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise sozialverträglich auszugestalten. Zusätzliche Mobilität, die Umweltkosten verursacht, darf nicht gratis sein, das heisst, ein Mobility Pricing ist verursachergerecht auszugestalten. Lenkungsabgaben sollten deshalb verursachergerecht sein und möglichst staatsquotenneutral an die Bevölkerung zurückerstattet werden. Indem Lenkungsabgaben an die Bevölkerung rückerstattet werden, belasten die Abgaben diejenigen, welche hohe Umweltkosten verursachen viel stärker als zum Beispiel weniger begüterte Familien, welche bei umweltgerechtem Verhalten von der Rückerstattung profitieren können. Genauso sind staatliche Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien möglichst nach dem Prinzip der finanziellen Leistungsfähigkeit, das heisst durch progressive Abgaben oder Steuern zu finanzieren.

KLIMAKRISE HAT 2019 AN DRINGLICHKEIT GEWONNEN

Die im nächsten Kapitel aufgelisteten Massnahmen müssen jetzt angegangen werden. Die im Pariser Abkommen vereinbarte Dekarbonisierung bis 2050 reicht gerade noch, um mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe zu entgehen. Der Kanton Basel-Stadt muss als einer der finanzstärksten Kantone in einem der finanzkräftigsten Länder der Welt sein Emissionsproblem jetzt an die Hand nehmen. Zudem wurde mit der Veröffentlichung des IPCC SR15 Zwischenberichts zu 1,5°C Erderwärmung nochmals klar, dass eine schnellere Absenkung enorme Vorteile bringt. Die Gefahr einer Überschreitung von Klima-Kipppunkten wie dem Abschmelzen von Permafrost und der damit verbundenen Freisetzung von Methan unterstreicht die Dringlichkeit unseres sofortigen Handelns. International wächst und wächst die Klimabewegung und Hunderttausende von SchülerInnen streiken für ihre Zukunft auf diesem Planeten. So wird auch hier von Tausenden von SchülerInnen eine vollständige Dekarbonisierung der Schweiz bis 2030 gefordert. Dieses Ziel verleiht echte Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Wir fordern deshalb, dass die beiden Kantone Baselland und Basel-Stadt den Klimanotstand ausrufen und ihre Politik an der Vision von netto null Treibhausgasemissionen bis 2030 ausrichten.

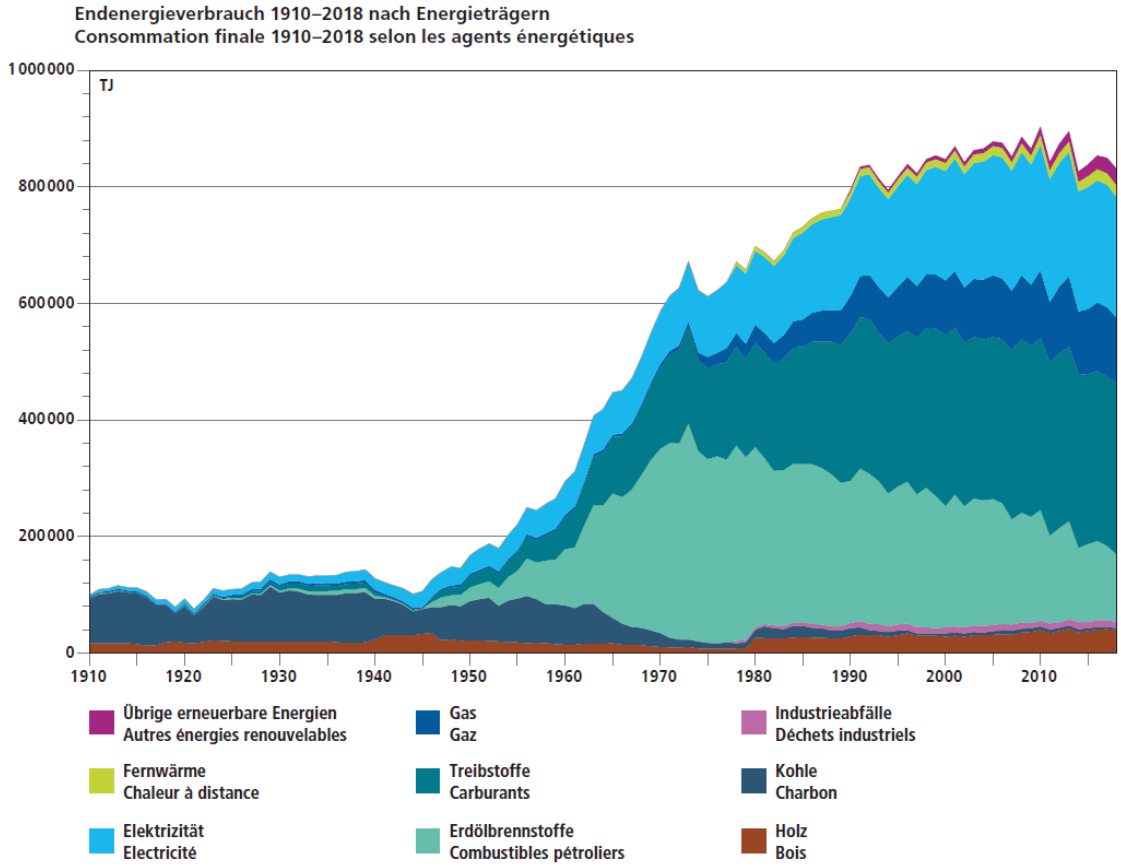
MASSNAHMEN NACH BEREICHEN

Nachfolgend formulieren wir für die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft politische Massnahmen, welche in den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Klimaschutz wirkungsvoll befördern sollen. Dabei werden wir auch aufzeigen, welche dringenden Forderungen auf schweizerischer Ebene umgesetzt werden müssen, um regional einen wirksamen Klimaschutz umsetzen zu können.

ERNEUERBARE ENERGIEPRODUKTION

Klimapolitik ist massgeblich Energiepolitik. Diese sollte sich mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens an der Dekarbonisierung der Schweiz bis spätestens 2050 orientieren. Davon sind wir noch weit entfernt. Konkret müssen wir erreichen, dass so schnell als möglich die in der Schweiz konsumierte Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen stammt (aktueller Endenergieverbrauch siehe untenstehende Grafik).

Der vollständige Ersatz fossiler Energie aus Erdöl, Erdgas und Kohle wird zu einem höheren Bedarf an elektrischer Energie führen und nicht abnehmen, wie das noch in der Energiestrategie 2050 der Schweiz angenommen wurde, auch wenn durch Suffizienz und Effizienz Einsparungen erzielt werden können. Der Strombedarf wird zunehmen, entweder weil beispielsweise im Verkehr oder in der Landwirtschaft Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektromobile ersetzt werden müssen oder weil für die Bereitstellung von Treibstoffen für Mobilität (Power-to-X, Wasserstoff als



Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2018, BFE.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.html

Treibstoff) grosse Mengen an Strom benötigt werden. Durch eine vollständige Elektrifizierung des MIV würde beispielsweise der Stromverbrauch in der Schweiz um 10 bis 20 Prozent ansteigen. Der Stromverbrauch durch Wärmepumpen (heute zirka 300'000 Wärmepumpen in der Schweiz) beträgt heute schon 2,5 Prozent des Gesamtverbrauchs. Deshalb wird auch durch den Ersatz von fossiler Heizwärme, sofern diese nicht durch Gebäudedämmung ersetzt werden kann, der Stromverbrauch ansteigen.

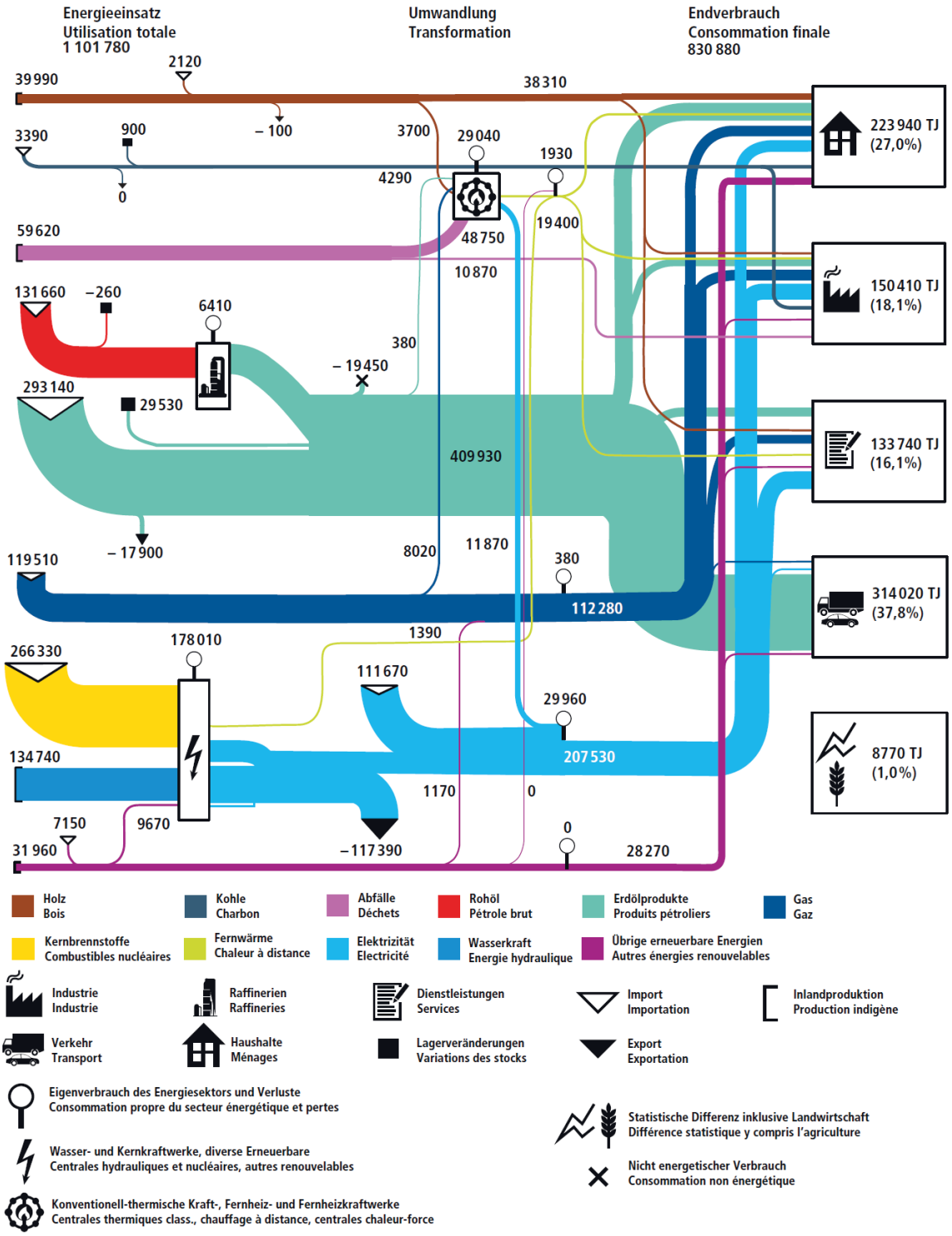
Auch die CO_2-Abscheidung aus der Luft, die oft als die ultimative Lösung der Klimakrise beschworen wird, ist nicht nur enorm teuer, sondern benötigt grosse Mengen an Energie, die erneuerbar sein muss, wenn das Verfahren klimaneutral sein soll. Die Kosten pro Tonne abgeschiedenes CO_2 werden derzeit auf über 600 Dollar geschätzt.

Die kürzlich von der internationalen Energie Watch Group veröffentlichte Studie Globales Energiesystem mit 100% erneuerbarer Energie bestätigt, dass eine Wende zu 100 Prozent erneuerbarer Energie in allen Sektoren bis 2050 mit den heute verfügbaren Technologien möglich und erst noch wirtschaftlich ist, das heisst nicht teurer kommt als die heutige auf Fossilien und Atomkraft beruhende Energieversorgung. Die Energiewende erfordert eine umfassende Elektrifizierung sämtlicher Energiesektoren, was global gesehen gemäss der genannten Studie circa vier- bis fünfmal die im Jahr 2015 verbrauchte Strommenge erfordern wird, auch wenn das Einsparpotential ausgeschöpft wird. Strom wird 2050 voraussichtlich mehr als 90 Prozent zum Primärenergieverbrauch beitragen, während der Verbrauch fossiler und nuklearer Energie in allen Sektoren vollständig eingestellt wird. Die Studie prognostiziert, dass die weltweite Primärenergiegewinnung im Jahr 2050 zu 96 Prozent aus Wind- und Solarenergie bestehen wird (Solarenergie 69%, Windkraft 18%, Wasserkraft 3%, Bioenergie 6%, Geothermie 2%). Die rund neun Millionen Arbeitsplätze im heutigen weltweiten Kohlebergbau können hingegen durch 15 Millionen neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien ersetzt werden. Dieses Szenarium setzt voraus, dass die Klimakrise von der Weltgemeinschaft energisch angepackt und eine globale Energiewende umgesetzt wird.

In der Schweiz stammt heute (2017) der Strom zu 60 Prozent aus Wasserkraft, zu 32 Prozent aus Atomkraft, zu drei Prozent aus fossilen und nur zu sechs Prozent aus neuen erneuerbaren Energien. Die Energiestrategie 2050 des Bundes, welche die in Paris eingegangenen Verpflichtungen noch nicht beinhaltet, will schrittweise aus der Atomenergie aussteigen, die Energieeffizienz erhöhen, die Produktion von erneuerbaren Energien erhöhen und die CO_2-Emissionen senken. Es zeichnet sich ab, dass diese Ziele mit der bisherigen Energiepolitik nicht erreicht werden können, nicht zuletzt, weil die Fördermechanismen für erneuerbare Energien auslaufen, das heisst die Einspeisevergütung ab 2022 und die Einmalvergütung für erneuerbare Energien auf Druck der bürgerlichen Parteien angesichts der Klimakrise völlig unverständlicherweise befristet wurden. Der Bundesrat steuert demgegenüber auf eine Laufzeitverlängerung der noch bestehenden Atomkraftwerke auf über 60 Jahre hin.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss sich die Schweiz deutlich höhere Ausbauziele für Strom aus erneuerbaren Energien setzen. Im Vordergrund steht dabei die Förderung der Photovoltaik, deren erneuerbares Potential am grössten – weil praktisch unerschöpflich – ist. 2018 wurden in der Schweiz jedoch nur 0,25 GW Photovoltaik-Leistung installiert und die Jahresproduktion stieg dadurch auf nur 2 TWh (3,4% des schweizerischen Stromverbrauchs). Swissolar forderte Ende März 2019 einen Ausbau auf total 50 GW bis 2050 (jährliche Produktion von 50 TWh), was ungefähr dem aktuellen Potential auf Gebäudedächern der Schweiz entspricht. Nachstehend findet sich ein detailliertes Energieflussdiagramm der Schweiz für 2018, welches zeigt, wo fossile durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden müssten.

Detailliertes Energieflussdiagramm der Schweiz 2018 (in TJ)
Flux énergétique détaillé de la Suisse en 2018 (en TJ)



Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2018, BFE.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.html

MASSNAHMEN

- Die Stromproduktion muss so rasch als möglich auf erneuerbar umgestellt werden (in Basel dies bereits der Fall), die Wärmeproduktion (für Heizung, Warmwasser) muss möglichst rasch dekarbonisiert werden.

- Die Stromproduktion auf öffentlichen und privaten Gebäuden muss bis 2030 mindestens verdoppelt werden und soll durch ein Förderprogramm angeschoben werden. Im Kanton Basel-Stadt soll die bestehende Förderabgabe auf den Netzkosten von 9 bis auf maximal 20 Prozent erhöht werden, wenn sich abzeichnet, dass der bestehende Förderfonds keine ausreichenden Fördermittel zur Verfügung hat. Im Kanton Basel-Landschaft soll eine Förderabgabe nach baselstädtischem Vorbild eingeführt werden oder es sollen auf anderem Weg ausreichend Fördermittel bereitgestellt werden.

- Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft beteiligen sich per IWB und EBL am Bau einer Power to X-Anlage, welche überschüssigen Peak-Strom aus erneuerbaren Quellen in Wasserstoff und Methan umwandelt.

- Auf kantonaler Ebene sind die Information und Förderung von Eigenverbrauchsgemeinschaften zu intensivieren.

- Die kantonale Förderung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern, Fassaden und öffentlich zur Verfügung stehenden Freiflächen ist durch ausreichende Fördermittel und die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen (Klärung von Haftungsfragen) zu intensivieren.

- Kantonal und national muss die dezentrale Stromproduktion, Energieeffizienz und die grössere Volatilität der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien über die Entwicklung intelligenter Netzstrukturen (smart grid) zur Netzstabilisierung beitragen.

Daneben soll sich die Region beim Bund für folgende Massnahmen einsetzen:

- Die Ausbauziele für erneuerbare Kraftwerksanlagen müssen der Klimapolitik angepasst werden (Konformität mit den in Paris eingegangenen Verpflichtungen).

- Die Wartelisten für die Förderung erneuerbarer Stromanlagen (Solar-, Wind und Wasserkraft) müssen deblockiert werden und dafür deutlich mehr Fördermittel bereitgestellt werden.

- Bis 2030 ist schweizweit ein Zubau von 50 GW Photovoltaik-Leistung zu realisieren.

- Für Produktionsanlagen für erneuerbaren Strom ist eine Einspeisevergütung vorzusehen, welcher die Rentabilität der Anlagen sicherstellt.

GEBÄUDE

Die Wärme- und Warmwasserversorgung von Gebäuden machen rund einen Drittel des Energieverbrauchs aus, wobei für die CO_2-Bilanz besonders das Heizen der Gebäude ins Gewicht fällt. Der fossile Energieverbrauch von Heizungen liegt allein in Basel-Stadt bei 675 GWh (Jahreszahl). Dabei spielen auch öffentliche Gebäude eine Rolle und diese sollten in Zukunft eine Vorbildfunktion einnehmen. Bei einer annähernd hundertprozentig erneuerbaren Verwaltung, welche alle grösseren öffentlichen Gebäude auch intensiv zur zusätzlichen Stromproduktion nutzt, wären gegenüber 2010 über 300 GWh des aktuellen Verbrauchs erneuerbar. Mit Effizienzmassnahmen sind zudem Energieeinsparungen möglich.

Rund 250 Grossverbraucher in Basel-Stadt (Unternehmen) sind für den Verbrauch von 1440 GWh Endenergie verantwortlich. Im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit sind auch diese zur Reduktion der CO_2-Emissionen anzuhalten.

Es gilt festzuhalten, dass kompakte, mehrgeschossige Gebäude wesentlich energieeffizienter sind als Einfamilienhaussiedlungen: die beim Bau verbrauchte graue Energie, die möglicherweise wegfallenden Grünflächen, die geringeren Möglichkeiten für Energiesparmassnahmen bei Kühlung und Heizung, der grössere Wohnflächenbedarf und schliesslich auch raumplanerische Aspekte (z.B. Verkehr, Bereitstellung öffentlicher und privater Dienstleistungen etc.) spielen dabei eine wichtige Rolle. Eine dichtere Besiedlung setzt aber auch mehr Grünfläche in den besiedelten Gebieten voraus, da diese die Luftqualtität verbessert, als Filter für Schadstoffe dient und im Sommer die Temperatur vor Ort senkt.

Selbst im günstigsten Fall wird es in der Region Basel 2085 bis zu doppelt so viele Hitzetage, mehr Sommertage und bis zu 40 Tropennächte pro Jahr geben. Es ist aufgrund der Klimaerwärmung davon auszugehen, dass in Zukunft zwar weniger Heiztage benötigt werden (und sich deshalb die CO_2-Bilanz automatisch verbessern wird), dafür wird aber die Kühlung eine grössere Rolle spielen. Deshalb ist es dringend, energiesparende undvor allem klimaneutrale Kühlmethoden zu entwickeln und zu fördern.

MASSNAHMEN

- Der Bau neuer fossiler Heizanlagen ist zu verbieten, sofern dies nicht wie im Kanton Basel-Stadt bereits der Fall ist. Bestehende fossile Heizungen sind so schnell als möglich, spätestens aber bis 2035 durch erneuerbare Heizsysteme zu ersetzen. Um allfällige Mehrkosten der klimaneutralen Wärmeversorgung zu finanzieren, stellen die Kantone zusätzliche Mittel (Förderabgabe, andere) zur Verfügung. In Basel-Stadt sind diese Zielsetzungen mit dem neuen Energiegesetz und dem sich in Erarbeitung befindlichen Energierichtplan weitgehend erreicht.

- Für Elektroheizungen und -boiler besteht eine Sanierungspflicht.

- Fernwärme und Nahwärmeverbünde sind so schnell als möglich 100 Prozent fossilfrei zu betreiben. Dezentrale Wärmepumpen sind überall dort zu fördern, wo Fern- und Nähwärmeverbünde nicht geeignet sind.

- Für die Wärmeerzeugung aus Erdgas muss ein Absenkpfad auf netto null gesetzlich festgeschrieben werden.

- Grossverbraucher werden verpflichtet, zu definieren, wie sie bis 2030 CO_2-neutral werden, und legen ihren Absenkpfad in Zielvereinbarungen mit den Kantonen fest.

- Gebäudeautomation wird für grosse Bauten vorgeschrieben. Zusätzlich bieten die Kantone Optimierungsberatungen auch für sämtliche Gebäudearten an. Sie fördern Nutzungen, die den Flächenbrauch pro Person bzw. Arbeitsplatz minimieren und verhindern solche mit hohem Flächenverbrauch.

- Für öffentliche Gebäude gilt bei Neubauten ein null- oder energiepositiver Bau-Standard (Minergie A Eco oder vergleichbar). Für private Bauten wird Minergie Eco als Standard definiert. Dabei wird ein Förderprogramm für Sanierungen auf den Weg gebracht, wobei die Gebäude mit den schlechtesten Energiestandards Vorrang haben.

- Bei Neubauten und Sanierungen sind Begrünungsmassnahmen (Dach, Fassade, Strassenraum) zu realisieren, sofern die Flächen nicht zur Energiegewinnung benötigt werden.

- Der Kanton Basel-Landschaft legt gemeinsam mit den Gemeinden eine neue Raumplanung auf, welche verdichtete und attraktiv an den öffentlichen Verkehr angebundene Zentren vorsieht. Der Kanton Basel-Stadt sorgt dafür, dass deutlich mehr Personen im Kanton wohnen und sich das auch leisten können (siehe Positionspapier Basel 2035).

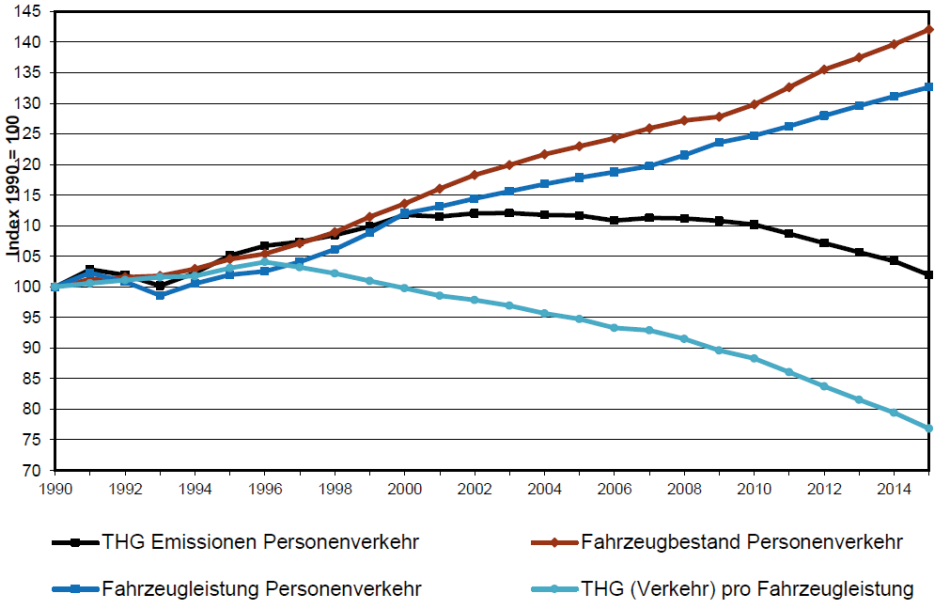
VERKEHR

Der motorisierte Verkehr ist in der Schweiz der Sektor mit den grössten CO_2-Emissionen. Sogar ohne Berücksichtigung des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs war der Verkehr im Jahre 2015 für 32 Prozent der Treibhausgasemissionen in der Schweiz verantwortlich. Im Gegensatz zur Reduktion von Emissionen im Haushalt (vor allem Heizung, -27,2%, 1990-2015) nahmen die Emissionen des Verkehrs im gleichen Zeitraum sogar zu (+3,9%, 1990-2015). Trotz der geplanten gesetzlichen Vorgaben wie verschärften CO_2-Grenzwerten für Autoimporte wird die Schweiz ohne tiefgreifende Massnahmen beim Verkehr schon nur das Ziel von netto null Emissionen bis 2050 bei weitem verfehlen.

In der Region Basel sieht die Situation nicht anders aus, denn auch hier machen Treibstoffe einen gewichtigen Anteil des Energieverbrauchs aus (BL 2016: 28%, BS: 15,6%). Zudem blieb der Motorfahrzeugbestand in den letzten zehn Jahren konstant. Die Stadt Basel hat zwar einen vorbildlich tiefen Anteil an Wegstrecken, die mit dem motorisierten Individualverkehr zurückgelegt werden, jedoch nahm dieser trotzdem von 2010 bis 2015 zu (von 18% auf 22%). Zudem ist der Euro-Airport zusammen mit den zwei grössten Schweizer Flughäfen (Zürich und Genf) für über 18 Prozent der schweizerischen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Dank fehlender Besteuerung und lascher Regulierung nahm die Anzahl Passagiere in den letzten 18 Jahren um 67 Prozent auf über 57 Millionen Passagiere zu.

Für uns ist klar, dass klimafreundliche Mobilität eine massive Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und Flugverkehrs bedeuten muss. Über die Hälfte aller Fahrten im Auto sind kürzer als fünf Kilometer! Das nicht ausgeschöpfte Potenzial des Velo- und Fussverkehrs, gekoppelt an ein umfassendes Netz von öffentlichen, CO_2-neutralen Verkehrsangeboten wie Zügen und Bussen ist riesig und muss in beiden Kantonen gefördert werden.

Nachstehtende Grafik zeigt, wie aufgrund der Zunahme der Fahrzeuge des Personenverkehrs die Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nicht abgenommen haben.



Kennzahlen zur Entwicklung der Emissionen im Personenverkehr (exkl. Linienbusse und Tanktourismus), Kenngrössen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz 1990–2015, BAFU.admin.ch/treibhausgasinventar

MASSNAHMEN

Fussverkehr

- Zu Fuss gehen als klimafreundlichste Fortbewegungsart überhaupt wird bei jeglichen Planungen der Kantone prioritär berücksichtigt.
- Das Parkierungsverbot gemäss Schweizer Strassenverkehrsgesetz wird für alle Typen von Autos und Motorfahrrädern auf Trottoirs durchgesetzt.
- Zentrale Orte werden vom motorisierten Verkehr befreit und die Fussgängerinnen und Fussgänger geniessen Vorrang.

Motorisierter Individualverkehr

- Sobald die gesetzlichen Grundlagen auf eidgenössischer Ebene vorliegen sind Pilotprojekte für das Road-Pricing des motorisierten Verkehrs in grösseren Zentren zu testen und anschliessend zu verallgemeinern. Die Erträge fliessen in den Ausbau und die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und die Unterstützung der Elektrifizierung des MIV.
- Das Parkplatzangebot auf Allmend wird schrittweise reduziert und die Parkplatzgebühren werden kostendeckend ausgestaltet.
- Der motorisierte Individualverkehr ist, sofern er nicht durch andere Massnahmen überflüssig wird, möglichst rasch zu elektrifizieren. Der Anteil neu immatrikulierter Motorfahrzeuge mit Benzin- oder Dieselantrieb ist schrittweise bis spätestens 2025 auf null zu senken.
- Durch geeignete Massnahmen (Parkplatzangebot, Besteuerung) werden Sharing-Systeme beim motorisierten Individualverkehr massiv begünstigt.
- Auf dem ganzen Kantonsgebiet Basel-Stadt wird umgehend und flächendeckend, in Baselland auf allen Gemeindestrassen sowie den Kantonsstrassen in allen Agglomerationszentren Tempo 30 eingeführt.
- Die Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr wird zugunsten anderer Verkehrsträger reduziert, Überkapazitäten werden zurückgebaut und der umweltfreundliche Verkehr gegenüber dem MIV bevorzugt.
- Der Kanton BL hebt die Mindestparkplatzpflicht generell auf und ersetzt sie durch eine Parkplatzobergrenze in Abhängigkeit der ÖV-Erschliessungsgüte.
- Förderung des Veloverkehrs durch die Kantone.
- Der dem Velo zur Verfügung stehende Strassenraum ist auf Kosten des MIV schrittweise zu erhöhen.
- Es wird ein regionales Veloschnellnetz bestehend aus Ring- und Radialstrassen eingerichtet,

auf kantonalen Hauptstrassen sind bis 2030 beidseitige Radwege mit Eigentrassierung oder direktere Umfahrungsmöglichkeit zu realisieren und Radstreifen und Radwege sind zu verbreitern.

- Der Masterplan Velo und der Teilrichtplan Velo werden entsprechend überarbeitet (BS), Prioritätsstrecken werden festgelegt und erweitert, Abstellmöglichkeiten geschaffen und verbessert.

Öffentlicher Verkehr

- Unterstützung und Beschleunigung des Tramnetzausbaus 2040 durch die Kantone in der Stadt, Agglomeration.

- Die Kantone fördern Bike-&-Ride-Anlagen an den Bahnhöfen und kombinierte Mobilität.

- 100 Prozent erneuerbare Fahrzeugflotte aller ÖV-Unternehmen und der Taxiflotte sowie sämtlicher kantonaler Betriebe (Polizei, Gärtnerei, Kehrichtabfuhr, Ambulanzen etc.) so schnell als möglich.

- Ausbau der Linien des öffentlichen Verkehrs ins grenznahe Ausland.

- BS und BL setzten sich beim Bund für ein attraktives Zug-Fernverkehrsnetz am Tag und in der Nacht ab der Region Basel als Ersatz fürs Fliegen ein.

Warentransport

- Die Kantone fördern durch Ausschreibungen den Warentransport in den Zentren durch intelligente, CO_2-neutrale Warentransportnetze mit Hubs ausserhalb der Stadt und nationaler Anbindung. Dies wird durch die Kantone aktiv vorangetrieben.

Flugverkehr

Die beiden Basler Halbkantone legen in ihrer Eignerstrategie für den EuroAirport (EAP) folgende Zielsetzungen fest:

- Der CO_2-Verbrauch des Flugbetriebs wird per sofort gedeckelt, die Zielsetzung von netto null wird verbindlich verankert und ein jährliches CO_2-Reduktionsziel vorgegeben.

- Ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr wird eingeführt.

- Die beiden Halbkantone kompensieren den Treibhausgas-Ausstoss des Flugbetriebes des EAP.

- Kurzstreckenflüge sollen überproportional hohe Flughafengebühren entrichten müssen. Diese Einnahmen werden für Umweltmassnahmen verwendet.

LANDWIRTSCHAFT

Bis unser Essen auf dem Teller landet, durchläuft es von der Produktion über den Transport und die Lagerung bis zur Verarbeitung zahlreiche Prozesse, welche jeweils spezifische Umweltbelastungen verursachen, und durch den Einsatz von Maschinen enorme CO_2-Emissionen verursachen.

Unsere Ernährung ist für die Emission von annähernd zwei Tonnen CO_2-Äquivalenten pro Person verantwortlich, wovon ein beträchtlicher Anteil im Ausland anfällt (durch Importe von Futtermitteln und Nahrungsmitteln, da die Schweiz ihre Ernährung nur etwa zur Hälfte im Inland deckt. Dabei entfallen zwei Drittel auf den Konsum tierischer Produkte (Fleisch, Milchprodukte, Eier). Insgesamt ist die Landwirtschaft schweizweit für über zehn Prozent der CO_2-Emissionen verantwortlich.

In der Landwirtschaft fallen ausserdem direkte Emissionen von klimawirksamen Gasen an, vor allem Methan, das durch die Verdauungstätigkeit von Nutztieren emittiert wird. In geringerem Mass fallen durch Düngung auch Lachgas und durch Düngerlagerung weiteres Methan an. Für Futtermittelimporte von Schweizer Tieren werden enorme Landwirtschaftsflächen im Ausland verbraucht (z.B. auch durch Rodung von Regenwäldern). Die in importierten Futter- und Nahrungsmitteln enthaltene graue Energie ist in den Schweizer Emissionszahlen nicht enthalten.

Die Landwirtschaft in der Schweiz und in der Region Basel steht vor grossen Herausforderungen. Klimawandel, Ressourcenknappheit, Resistenzproblematiken, Insektensterben, internationale Konkurrenz und Preisdruck gefährden die Lebensgrundlagen unserer Bäuerinnen und Bauern. Die Sommer 2015, 2018 und 2019 haben uns dabei eindrücklich die überproportionale Betroffenheit unserer Region von Hitze und Trockenheit verdeutlicht. Wir brauchen dringend Massnahmen zur Stärkung des Bio-Landbaus, generell zur Förderung einer ressourcenschonenden Landwirtschaft und zur Anpassung der Landwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels.

Der Kanton Basel-Landschaft kann hier mit einer fortschrittlichen Landwirtschaftspolitik als Pionier vorausgehen. Eine Landwirtschaftspolitik, welche die natürlichen Grundlagen, Ressourcen und das Klima berücksichtigt, ist zugleich Voraussetzung für das Überleben einer wirtschaftlichen lokalen Produktion.

MASSNAHMEN

- Die Kantone setzen ein Förderprogramm auf, um ihren jeweiligen Anteil an nach Bio Suisse-Kriterien produzierenden landwirtschaftlichen Betrieben so schnell als möglich auf 80 Prozent zu erhöhen.

- Das Ebenrain-Zentrum soll zu einer Vorzeige-Institution für eine klimaneutrale Landwirtschaft werden, die auch bei der Dekarbonisierung des landwirtschaftlichen Fahrzeug- und Maschinenparks ansetzt.

- Die Kantone fördern lokale Ernährungsgenossenschaften, die eine nachhaltige, sozialverträgliche und lokale Ernährung ermöglichen.

- Gemeinsam mit den ProduzentInnen und dem Handel sollen dezentrale Lieferketten aufgebaut werden.

- Die Verpflegung in allen öffentlichen Institutionen soll sich auf möglichst lokale und saisonale Bio-Produkte ausrichten und so den Absatzmarkt für eine vielfältige und ökologische regionale Landwirtschaft stärken. Dabei soll der Fokus auf vegetarischer Verpflegung liegen.

- Der Bund stoppt in der neuen Agrarstrategie die Subventionierung der auf Futtermittelimporten basierenden Überproduktion der Fleisch- und Milchwirtschaft.

KONSUMNIVEAU UND GRAUE ENERGIE

Der Einfluss des Konsumniveaus wird in der Klimadiskussion oft unterschlagen oder stark unterschätzt, da die in Produkten zu deren Herstellung und Transport enthaltene Energie oft nicht in der Schweiz, sondern im Ausland verbraucht wird (neben 4,7 Tonnen CO_2 pro Kopf im Inland werden durch Importe acht Tonnen CO_2 pro Kopf im Ausland verursacht). Der mit der Produktion von Waren verbundene Energieverbrauch und die damit gekoppelten Klimagas-Emissionen werden in der Regel nicht dem Schweizer CO_2-Budget hinzugerechnet, sondern den Produktionsländern der Waren zugewiesen. Hierzu gehören viele Produkte des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, elektronische Geräte, Fahrzeuge oder Textilien. Dadurch entsteht in der Statistik eine massive Unterschätzung des effektiven Energiekonsums in der Schweiz, da die Schweiz als kleines, hochentwickeltes Land wenig energieintensive Produktionsbetriebe hat. Die Schweiz wird durch diese Verzerrung im Vergleich mit anderen Industrieländern oft als vermeintlich klimafreundlich wahrgenommen. Die Berechnung der sogenannt grauen Energie ist aufwendig. Unter grauer Energie verstehen wir die gesamte Menge nicht erneuerbarer Primärenergie, die für alle vorgelagerten Prozesse, vom Rohstoffabbau über Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse und für die Entsorgung inklusive der dazu notwendigen Transporte und Hilfsmittel erforderlich ist.

Die umfangreichsten Untersuchungen stammen aus dem Jahr 2007, als das Bundesamt für Umwelt (BAFU) den Anteil der grauen Energie in den Jahren von 1990-2004 für die Schweiz berechnet hat. Die Studie kommt zum Schluss, dass rund 60 Prozent der von der Schweiz verursachten Umweltbelastungen im Ausland anfallen. Allein schon den Importen von Gütern aus Deutschland in die Schweiz sind CO_2-Emissionen von über zehn Millionen Tonnen jährlich anzulasten, zu vergleichen mit den jährlichen inländischen Emissionen der Schweiz von 53 Mio. Tonnen CO_2. Bei Berücksichtigung aller Importe und Exporte, das heisst aller grauen Emissionen, kommt die Schweiz auf ca. 12,5 Tonnen CO_2-Äquivalenten pro Kopf und Jahr und liegt somit in etwa beim Durchschnitt der Werte der OECD-Länder. Umgekehrt stellt man fest, dass die um den Import und Export bereinigten CO_2-Emissionen von China wesentlich tiefer liegen als die offiziellen Länderzahlen. Ein zweiter sehr oft unterschätzter oder gar unterschlagener Energiebeitrag ist die graue Energie, die in Gebäuden gebunden ist. Zahlen hierfür gibt es bei Eco-bau.ch.

Die Erhebung von Zöllen, die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen, die Zulassung von Produkten für den Import und die Besteuerung von Konsumprodukten im Inland unterliegt in der Schweiz vollständig der Bundesversammlung und dem Bundesrat. Insofern haben die Kantone hier wenig Spielraum und wir verweisen deshalb auf die nationalen Massnahmenvorschläge der Grünen Partei Schweiz. Gewisse Massnahmen zur Senkung dieser Emissionen finden sich zudem bereits in den anderen Bereichen (z.B. Gebäude).

MASSNAHMEN

- Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft finanzieren Klimaschutzprojekte, welche umfangmässig mindestens die im Ausland verursachten Emissionen durch Importe kompensieren. Würden die acht Tonnen pro Kopf im Ausland verursachter Emissionen (Durchschnitt Schweiz) hochgerechnet mit europäischen CO_2-Emissionszertifikaten kompensiert (aktuell ~20 Franken pro Tonne CO_2), müsste der Kanton Basel-Stadt jährlich für bis zu 32 Millionen Franken internationale CO_2-Zertifikate kaufen, Basel-Landschaft bis zu 46 Millionen Franken.

- Die Kantone fördern die Dienstleistungen und innovative Unternehmen, welche einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft dienen.

- Ab 2025 sollen bewilligungspflichtige, öffentliche Veranstaltungen nur noch eine Zulassung erhalten, wenn sie ein Mehrwegkonzept vorweisen, 100 Prozent klimaneutral sind (real oder kompensiert) und 80 Prozent der angebotenen Produkte biologisch produziert werden.

FINANZWIRTSCHAFT UND FOSSILE GELDANLAGEN

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Isolation von Gebäuden und der Zubau erneuerbarer Energien stehen im Fokus der schweizerischen Klimaschutzdebatte. Hingegen geht oft vergessen, dass schweizerische Finanzinstitute mit ihren milliardenschweren Investitionen in fossile Energie-Unternehmen zum 20-Fachen der inländischen CO_2-Emissionen beitragen und dadurch für die Festigung des fossilen Zeitalters Verantwortung tragen.

Investitionen in die Ausbeutung fossiler Energieträger und deren weitere Exploration haben ein enormes Ausmass angenommen. So werden zum Beispiel knapp elf Prozent der US-Aktienanlagen der Schweizerischen Nationalbank in fossile Energie investiert. Diese Investitionen befeuern die Klimakatastrophe und sind inkompatibel mit nationalen und internationalen Verpflichtungen der Schweiz bezüglich Klimaschutzes, zum Beispiel dem Pariser Abkommen. Zudem sind diese Investitionen grossen Schwankungen ausgesetzt und drohen mit kommenden Klimaschutzmassnahmen enorm an Wert zu verlieren. Die sogenannte Carbon-Bubble könnte so zu Milliardenverlusten bei Staat und Pensionskassen führen.

Die Situation ist absurd. Die Schweiz engagiert sich mit nationalen Vorlagen wie dem CO_2-Gesetz sowie mit internationalen Abkommen für den Klimaschutz und dennoch investieren Institutionen wie die Nationalbank, der AHV- und Pensionskassenfonds weiterhin im grossen Stil in Kohlekraftwerke, Erdölfirmen und Öl- und Gaspipelines. Dabei ginge es auch anders. Unzählige Organisationen weltweit wie zum Beispiel der norwegische Staatsfond zeigen, dass Investitionen in klimaschädliche Unternehmen problemlos abgestossen werden können. Zum Schutz des Klimas und zur Verhinderung von Finanzblasen müssen Pensionskassen, Kantonalbanken, die Kantone und die Eidgenossenschaft so schnell als möglich aus solchen Investitionen aussteigen. Der Finanzplatz Schweiz soll eine Führungsrolle im Wandel hin zu einer ökologischen, sozialen und klimaverträglichen Wirtschaft übernehmen.

Die Institutionen, die der kantonalen Kontrolle unterliegen, sollen Finanzierungsstrategien entwickeln und verfolgen, die Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, klimaschonende Landwirtschaft, klimaneutrale Gebäude, die Dekarbonisierung des Verkehrs und in weitere Cleantech-Produkte und -Dienstleistungen begünstigen. Die Strategien, insbesondere von Pensionskassen, Versicherungen und Banken, die unter dem Einfluss der beiden Basel stehen sowie des kantonalen Finanzvermögens, sollen das ganze Spektrum von Produkten umfassen: Projektfinanzierung, grüne Hypothekarkredite für Energiesparbauten, Risikokapital für nachhaltigkeitsorientierte Jungunternehmen, Geschäftskredite und grüne Anlageprodukte für Kundinnen und Kunden.

MASSNAHMEN

- De-Investment in klimaschädigende Industrien: Pensionskassen der Kantone (PKBS, BLPK), Kantonalbanken (BKB, BLKB) und die Kantone stossen bis 2025 alle direkten und indirekten Beteiligungen an Unternehmen ab, welche mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Förderung, dem Vertrieb oder dem Verkauf von fossilen Energieträgern erwirtschaften.

- Ausarbeitung und Umsetzung einer ganzheitlichen und zukunftsgerichteten Anlagestrategie zur Vermeidung von Klima- und Finanzrisiken (Carbon-Bubble) bis 2030: Sämtliche Finanzinstitutionen, auf welche die Kantone als Eigner Einfluss haben, erarbeiten verbindliche

Richtlinien für die Bewertung und Exklusion von Finanzanlagen zur Vermeidung von Klima- und Finanzrisiken durch obengenannte Anleger.

- Die Kantone sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Finanzwirtschaft, bestehende Subventionen und neue Förderbeiträge so anpassen, dass in der Region Basel ein Finanzplatz entsteht, der bei der Finanzierung der Klimawende eine Vorbildrolle einnehmen kann. Der Kanton soll auch eine entsprechende Informationstätigkeit aufbauen und den Dialog zwischen den Akteuren in diesem Bereich stärken.

QUELLENVERZEICHNIS

- Analyse des schweizerischenEnergieverbrauchs 2000 -2016 nach Verwendungszwecken, Prognos.com/publikationen/alle-publikationen/772/show/75a7dd7a2d7b40a5acefda977a57dd91/
- Empfehlungen zu Klimarisiken an die SNB, Klimaallianz, April 2018. Klima-allianz.ch
- Divestment-Commitments, Fossil Free. Gofossilfree.org/divestment/commitments
- Global Energy System based on 100% Renewable Energy, 2019. Energywatchgroup.org/new-study-global-energy-system-based-100-renewable-energy
- Graue Treibhausgas-Emissionen der Schweiz 1990–2004. Erweiterte und aktualisierte Bilanz, Umwelt-Wissen Nr. UW–0711. Bundesamt für Umwelt, Bern. Jungbluth N., Steiner R., Frischknecht R., 2007. Naturwissenschaften.ch/service/publications/76573-graue-treibhausgas-emissionen-der-schweiz-1990-2004
- Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC.ch
- Kenngrössen zur Entwicklung der Treibhausgas-emissionen in der Schweiz 1990–2015, BAFU.admin.ch/treibhausgasinventar
- Klimafolgenbericht des Kantons Basel-Stadt, 2017. AUE.bs.ch/dam/jcr:cd28a8ee-9146-42cc-b77f-4579b54a8ec2/Klimafolgenbericht-19062017-def.pdf
- Klimaschutzbericht Basel-Stadt, BS.ch/publikationen/aue/klimaschutzbericht-basel-stadt.html Motorfahrzeug-Statistik, statistik.bs.ch/zahlen/tabellen/11-verkehr-mobilitaet/motorfahrzeuge.html
- Kohlenstoffrisiken: Erste Studie für den Schweizer Finanzplatz, BAFU.admin.ch/bafu/de/home/themen/wirtschaft-konsum/mitteilungen.msg-id-59285.html
- Paris Agreement, 12.12.2015, UNFCCC.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement
- Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2018, BFE.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.html
- Städtevergleich Mobilität, Mobilitaet.bs.ch/gesamtverkehr/verkehrskennzahlen/staedtevergleich-mobilitaet0.html
- Umweltbericht beider Basel, Umweltberichtbeiderbasel.bs.ch
- USA-Finanzanlagen der Schweizer Nationalbank in Fossile Unternehmen, Artisans de la transition, Fribourg, Dezember 2012. Artisansdelatransition.org/rapports/carbon-invest-schweizer-nationalbank.pdf
- WWF-Flugverkehrsziele, WWF.ch/de/unsere-ziele/flugverkehr
- Zivilluftfahrtsstatistik, BFS.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/querschnittsthemen/zivilluftfahrt/linien-charterverkehr.html